

Lockerung des Wolfsschutzes

Die EU-Staaten wollen, dass der Wolf nicht mehr als «streng geschützt», sondern nur noch als «geschützt» gilt.

TOBIAS STRAHM

In einer bedeutenden Entscheidung habe eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten eine Lockerung des Schutzstatus des Wolfes angestossen, schreibt Agra-Europe. Am 25. September gaben die Botschafter im Ausschuss der ständigen Vertreter (Coreper) grünes Licht für eine Herabstufung des Wolfes von «streng geschützt» auf «geschützt».

«Notwendiger Schritt»

Damit könnte die EU-Kommission eine Anpassung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie in die Wege leiten, ein Schritt, der von vielen als notwendig erachtet wird, um die wachsenden Konflikte zwischen Wölfen und landwirtschaftlichen Betrieben zu entschärfen. Deutschland spielte mit seiner Ja-Stimme eine entscheidende Rolle bei der Abstimmung, nachdem bereits seit Dezember 2023 ein entsprechender Vorschlag der EU-Kommission im Raum gestanden hatte. Besonders begrüssenswert ist dieser Schritt aus Sicht von landwirtschaftlichen Interessenverbänden und politischen Fraktionen, die schon lange auf eine geregelte Wolfsbejagung pochen, um den



Bald nicht mehr «streng geschützt». (Bild: zvg)

Schutz von Nutztieren auf Weiden gewährleisten zu können.

Özdemir ist zufrieden

Politische Zustimmung kam auch vom deutschen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne). «Ich weiss aus meinen vielen Gesprächen, wie belastend die Situation nach einem Wolfsriss für Sie ist, ganz unabhängig vom wirtschaftlichen Verlust.» Er begrüsst, dass mit der in Aussicht stehenden Lockerung bei Problemwölfen flexibler agiert werden kann. Während Jäger- und Bauernverbände die Herabstufung als Meilenstein im Wolfsmanagement begrüssen, warnen Umweltschutzorganisationen wie BirdLife Europe und der World Wide Fund for Nature (WWF) vor den möglichen negativen Folgen. Sie befürchten, dass der Schutz der Wölfe in Europa durch politische Interessen gefährdet wird. Der WWF kritisiert die Entscheidung als populistischen Angriff auf

den Artenschutz und verweist darauf, dass eine effektive Herdenschutzpolitik die Konflikte besser lösen könnte. Zudem kritisieren die Umweltverbände die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen. Sie habe ihre Macht missbraucht. Nachdem ihr eigenes Pony gerissen worden sei, führe sie einen persönlichen Racheakt gegen Wölfe. Der Deutsche Bauernverband (DBV) sieht in dem Beschluss eine positive Entwicklung für Weidetierhalter, die seit Jahren unter den Wolfsrissen leiden. Auch der Deutsche Jagdverband (DJV) begrüsst die Lockerung und fordert die Bundesregierung auf, nationale Spielräume im Wolfsmanagement konsequent zu nutzen. Allerdings betonen beide Verbände, dass es bis zu einer vollständigen Umsetzung der EU-Gesetzgebung noch dauern könnte.

Wie geht es weiter?

Mit dem positiven Votum der EU-Mitgliedstaaten ist der Weg nun frei für die EU-Kommission, eine Anpassung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie vorzuschlagen. In einem weiteren Schritt müsste auch die Berner Konvention des Europarates angepasst werden, ein internationales Abkommen, das den Schutz von wildlebenden Pflanzen und Tieren in Europa regelt. Auch die Schweiz hat die Berner Konvention unterzeichnet.